

**92A1 A16**

# **Antrag**

**Initiator\*innen:** Magnus Erdmann (Stellvertretender Landesschülersprecher)

**Titel:** **Leistungsdruck auch Zuhause - Hausaufgaben abschaffen. - Jetzt!**

---

## **Antragstext**

1 Das LSP möge beschließen,

2

3 das Grundsatzprogramm wie folgt zu ändern:

4

5 Es wird eine 7.19. In folgenden Wortlaut eingefügt:

6 "Wir fordern die Abschaffung von Hausaufgaben in ihrer jetzigen Form.  
7 Stattdessen sollten bspw. "betreute Lernstunden" stattfinden. Das Nicht-  
8 Erledigen einer freiwilligen Aufgabe sollte nicht in die Bewertung der  
9 Schüler\*innen einfließen."

## **Begründung**

Erfolgt mündlich

**92A2 A17**

# **Antrag**

**Initiator\*innen:** Magnus Erdmann & Elias Görth (Stellv. LSS & LSS)

**Titel:** Einflussnahme des Ministeriums – nein danke!

## **Antragstext**

1 Das LSP möge beschließen, das Grundsatzprogramm wie folgt zu ändern:

2 In die Leitlinie in Punkt 18 wird folgender Wortlaut aufgenommen:

3 „Die LSV BS SH fordert eine räumlich und personell eigenständige Geschäftsstelle  
4 für die LSVen in Schleswig-Holstein und lehnt das "inhaltliche Mandat" der  
5 Geschäftsstelle, wenigstens solange es durch eine abgeordnete Lehrkraft ausgeübt  
6 wird, entschieden ab.“

## **Begründung**

Erfolgt mündlich

**92A3 A18**

# **Antrag**

**Initiator\*innen:** Magnus Erdmann (SV Friedrich-List-Schule)

**Titel:** **Optimierung des Unterrichts durch das  
„Doppelstundenprinzip“**

---

## **Antragstext**

1 Das LSP möge beschließen, das Grundsatzprogramm wie folgt zu ändern:

2 Es wird ein neuer 5.9. mit folgendem Wortlaut eingefügt:

3 „Die LSV BS SH setzt sich für die flächendeckende Einführung von Doppelstunden  
4 im Unterrichtsgefüge ein. Dabei soll zwischen den beiden Unterrichtsstunden eine  
5 verpflichtende 5-minütige Pause eingelegt werden, um die Konzentrationsfähigkeit  
6 der Schüler\*innen zu fördern. Die Stundenpläne aller Schulen sollen langfristig  
7 auf Doppelstunden umgestellt und entsprechend optimiert werden.“

## **Begründung**

Erfolgt mündlich

**92A4 A19**

# **Antrag**

**Initiator\*innen:** Elias Görth (Landesschülersprecher)

**Titel:** **Weil WIR wissen, was die LSVen brauchen:  
Haushaltshoheit für die LSVen!**

---

## **Antragstext**

1 Das LSP möge beschließen, das Grundsatzprogramm wie folgt zu ändern:

2 Es wird unter dem Punkt "Leitlinien" ein 19. im folgenden Wortlaut eingefügt:

3 "Nur die gewählten Schüler\*innenvertreter\*innen in den LSVen können entscheiden,  
4 wie Gelder im Sinne der Schüler\*innenvertretung zu verwenden sind. Deshalb  
5 fordern wir, dass die LSVen über die Verwendung der ihr zur Verfügung gestellten  
6 in Zusammenarbeit mit einer vom für Bildung zuständigen Ministerium  
7 unabhängigen, operativ zuständigen Geschäftsstelle eigenständig entscheiden."

## **Begründung**

erfolgt mündlich

**92A5 A20**

# **Antrag**

**Initiator\*innen:** Elias Görth (SV RBZ Wirtschaft . Kiel)

**Titel:** **Digitale Schule braucht digitale  
Leistungsnachweise**

---

## **Antragstext**

- 1 Das LSP möge beschließen, das Grundsatzprogramm wie folgt zu ändern:
- 2 Es wird ein 8.11. im folgenden Wortlaut eingefügt:
- 3 "Wir fordern, dass allen Schüler\*innen die Möglichkeit eingeräumt wird,
- 4 Klausuren über ein schulisch bereitgestelltes Gerät digital zu absolvieren."

## **Begründung**

erfolgt mündlich

**92A6 A21**

# **Antrag**

**Initiator\*innen:** Elias Görth (Landesschülersprecher)

**Titel:** **Mit vereinten Kräften - eine starke LSV für  
Schleswig-Holstein!**

---

## **Antragstext**

1 Das LSP möge beschließen:

- 2 1. Das LSP stellt fest, dass die derzeitige Struktur der LSVen eine  
3 unzureichende Bündelung von Ressourcen sowie ein geschwächtes Auftreten  
4 gegenüber Politik, dem für Bildung zuständigen Ministerium sowie den  
5 Medien mit sich bringt. Wie in anderen Bundesländern, z. B. Bayern oder  
6 Baden-Württemberg sichtbar, können auch innerhalb eines zentralen Gremiums  
7 die unterschiedlichen Interessen der Schüler\*innen verschiedener  
8 Bildungsgänge deutlich gemacht werden.
- 9 2. Die LSV BS befürwortet deshalb die Bildung einer gemeinsamen  
10 Landesschülervertretung. Diese muss mit einer Stärkung der Kreisebene  
11 schon alleine deshalb einhergehen, weil im Falle einer gemeinsamen LSV die  
12 Delegiertenwahl über die Kreisebene unerlässlich wäre. Diese befürwortet  
13 die LSV BS ebenfalls, nicht zuletzt aufgrund der abzusehenden  
14 Kompetenzsteigerung im Gremium bei einem erneuten Wahlvorgang auf der  
15 Kreisebene.
- 16 3. Das LSP beauftragt den LSV-Vorstand, gem. § 99 Abs. 3 SchulG i. V. m. § 83  
17 Abs. 1 die Bildung einer gemeinsamen Landesschülervertretung gemeinsam mit  
18 den Gymnasien, den Gemeinschaftsschulen und den Förderzentren zu  
19 betreiben.
- 20 4. Der Landesschülersprecher wird ermächtigt, mit Zustimmung des LSV-

21 Vorstandes mit den Landesschülervertretungen der Gymnasien, der  
22 Gemeinschaftsschulen oder der Förderzentren Vereinbarungen gem. § 99 Abs.  
23 3 SchulG i. V. m. § 83 Abs. 1 SchulG zu treffen. Dabei ist die  
24 ausreichende Vertretung der Interessen der Schüler\*innen der  
25 berufsbildenden Schulen sicherzustellen. Eine Vereinbarung bezüglich des  
26 Wahlverfahrens der Delegierten in einer gemeinsamen LSV bedarf der  
27 Genehmigung des LSPs.

28 5. Das Grundsatzprogramm wird wie folgt geändert:

29 1. Der Abschnitt 3. "Schülervertretung (SV)" wird in "(Landes-  
30 )Schülervertretung (LSV/SV)" unbenannt.

31 2. Es wird ein 3.8 im folgenden Wortlaut eingefügt:

32 "Wir fordern, dass das Schulgesetz dahingehend geändert wird, dass  
33 eine gemeinsame Landesschülervertretung aller Schularten gebildet  
34 wird, in deren Struktur eine ausreichende Vertretung der Interessen  
35 der Schüler\*innen aller Schularten gewährleistet ist."  
36

## **Begründung**

erfolgt mündlich

**92A7 A22**

# **Antrag**

**Initiator\*innen:** Elias Görth (SV RBZ Wirtschaft . Kiel)

**Titel:** **Antifaschismus und Antirassismus auch aus dem Ministerbüro - Frau Prien, denken Sie an Ihre Schüler\*innen!**

---

## **Antragstext**

1 Das LSP möge beschließen:

- 2 1. Die LSV BS fordert die Bildungsministerin Karin Prien auf, sich nicht an  
3 ausländischerfeindlichen Äußerungen und Handlungen der CDU in der  
4 Migrationspolitik zu beteiligen und im Sinne einer Schule für alle  
5 Schüler\*innen, keine Menschen und damit auch Schüler\*innen mit  
6 Migrationshintergrund zu stigmatisieren.
  
- 7 2. Die LSV BS fordert die Bildungsministerin Karin Prien auf, sich innerhalb  
8 der CDU klar gegen eine weitere Zusammenarbeit mit der AfD zu  
9 positionieren. Eine demokratische Volkspartei wie die CDU mit  
10 Verantwortung in vielen Regierungen und Parlamenten und auch mit der  
11 Verantwortung für die Schüler\*innen in Schleswig-Holstein darf sich unter  
12 keinen Umständen aus parteitaktischen Überlegungen heraus einer  
13 rechtsextremen Partei hingeben. Die Absichten der AfD gefährden die  
14 Freiheiten und die Sicherheit vieler Schüler\*innen im Land, eine solche  
15 Partei darf durch eine Partei wie die CDU nicht unterstützt werden.
  
- 16 3. Deutschland und Schleswig-Holstein stehen neben einem immensen  
17 Fachkräftemangel auch einer massiven Erwerbsfähigkeitenlücke gegenüber.  
18 Das gefährdet den Wohlstand dieses Landes und damit der heutigen  
19 Schüler\*innen in der Zukunft und stellt auch die  
20 Sozialversicherungssysteme sowie das Rentensystem wesentlich in Frage.  
21



22 Schüler\*innen müssen über diese Umstände höchst besorgt sein. Besonders  
23 die Erwerbsfähigenlücke ist allein aus demographischen Gründen ohne  
24 Migration nicht zu schließen. Deutschland ist ein Einwanderungsland und  
25 muss es auch sein, sein Wohlstand hängt davon ab. Die ausländerfeindliche  
26 Atmosphäre und die Stigmatisierung migrantisierter Menschen hier im Land  
27 gefährden weitere Arbeitsmigration, schreckt hier lebende Arbeitskräfte ab  
28 und riskiert damit, sämtliche Bemühungen zur Schließung der  
29 Erwerbsfähigenlücke zu torpedieren. Wir fordern deshalb die  
30 Politiker\*innen aller Parteien, besonders aber die schwarz-grüne  
31 Landesregierung und die Ministerin für Allgemeine und Berufliche Bildung,  
32 Wissenschaft, Forschung und Kultur auf, sich für eine aktive  
33 Willkommenskultur im Land und gegen rassistische Hetze und Stigmatisierung  
 einzusetzen, damit die Schüler\*innen von heute morgen eine Zukunft haben!

## **Begründung**

erfolgt mündlich

**92A8 A24**

# **Antrag**

**Initiator\*innen:** SV RBZ Eckener Schule Flensburg (dort beschlossen am: 24.02.2025)

**Titel:** **Moderne Sprachkompetenz statt veralteter Lehrinhalte im Deutschunterricht**

---

## **Antragstext**

1 Das LSP möge beschließen:

2 Der aktuelle Deutschunterricht ist nicht mehr zeitgemäß und bereitet  
3 Schüler\*innen nicht ausreichend auf die sprachlichen Herausforderungen des  
4 modernen Lebens vor. Das MBWFK wird daher aufgefordert, den Lehrplan so  
5 anzupassen, dass folgende Punkte umgesetzt werden:

- 6 1. Der Unterricht soll weniger Zeit mit klassischen literarischen Werken  
7 verbringen und sich stattdessen stärker mit aktuellen Aussagen und deren  
8 Bedeutungen befassen.
- 9 2. Schüler\*innen sollen verstärkt lernen, aktuelle Aussagen zu analysieren  
10 und zu interpretieren, um ihre inhaltliche Absicht und Wirkung besser zu  
11 verstehen.
- 12 3. Ein besonderer Fokus soll darauf gelegt werden, manipulative Sprachmuster  
13 und Framing zu erkennen. Der Vergleich zwischen fachlichen Quellen und  
14 deren Darstellung in der Öffentlichkeit soll verdeutlichen, wie  
15 sprachliche Gestaltung die Wahrnehmung beeinflussen kann.

## **Begründung**

Erfolgt mündlich

**92A9 A25**

# **Antrag**

**Initiator\*innen:** SV RBZ Eckener Schule Flensburg (dort beschlossen am: 24.02.2025)

**Titel:** **Transparenz durch frühzeitige Terminübersicht an beruflichen Schulen**

---

## **Antragstext**

1 Das LSP möge beschließen:

- 2 • Die beruflichen Schulen in Schleswig-Holstein werden aufgefordert, den  
3 Klassen zu Beginn jedes Halbjahres eine Übersicht der geplanten Termine  
4 bereitzustellen.
- 5 • Diese Übersicht soll unter anderem folgende Termine enthalten:  
6 Projekttag, Schulentwicklungstage, Ausflüge und Klausuren (inklusive  
7 geplantem Inhalt).
- 8 • Die Termine sollen dabei als Orientierung für die Schüler\*innen im Verlauf  
9 des Halbjahres dienen und sind nicht verbindlich, sondern können bei  
10 Bedarf angepasst werden.

## **Begründung**

Erfolgt mündlich

**92A10 A26**

# **Antrag**

**Initiator\*innen:** SV RBZ Eckener Schule Flensburg (dort beschlossen am: 24.02.2025)

**Titel:** **Einrichtung von Raucherzonen an beruflichen Schulen**

---

## **Antragstext**

1 Das LSP möge beschließen:

- 2 1. Die beruflichen Schulen in Schleswig-Holstein werden aufgefordert, auf  
3 ihrem Schulgelände Raucherzonen einzurichten.
- 4 2. Das Rauchen soll ausschließlich in diesen ausgewiesenen Raucherzonen  
5 gestattet sein.
- 6 3. Das Rauchen außerhalb dieser Bereiche soll entsprechende Konsequenzen nach  
7 sich ziehen.
- 8 4. Die Schulträger werden aufgefordert, den Schulen die Einrichtung dieser  
9 Zonen zu ermöglichen und das Rauchen darin zu gestatten.

## **Begründung**

Erfolgt mündlich

**92A11 A27**

# **Antrag**

**Initiator\*innen:** SV RBZ Eckener Schule Flensburg (dort beschlossen am: 24.02.2025)

**Titel:** **Bezahlbare und flächendeckende  
Kantinenversorgung an beruflichen Schulen**

---

## **Antragstext**

1 Das LSP möge beschließen:

- 2 1. An allen beruflichen Schulen in Schleswig-Holstein soll eine  
3 Kantinenlösung eingeführt oder bestehende Angebote verbessert werden.
- 4 2. Die Preise für Mahlzeiten sollen bezahlbar gestaltet werden, sodass alle  
5 Schüler\*innen Zugang zu einer ausgewogenen Verpflegung haben.
- 6 3. Die Schulen sollen bei der Preisbildung unterstützend tätig sein und  
7 Maßnahmen ergreifen, um sozialverträgliche Preise zu gewährleisten.
- 8 4. Das Land Schleswig-Holstein sowie der Bund werden aufgefordert,  
9 finanzielle Unterstützung bereitzustellen, um eine flächendeckende und  
10 kostengünstige Kantinenversorgung an den beruflichen Schulen  
11 sicherzustellen.

## **Begründung**

Erfolgt mündlich

**92A12 A28**

# **Antrag**

**Initiator\*innen:** SV RBZ Eckener Schule Flensburg (dort beschlossen am: 24.02.2025)

**Titel:** **Moderne technische Ausstattung für jeden Klassenraum**

---

## **Antragstext**

1 Das LSP möge beschließen, das Grundsatzprogramm wie folgt zu ändern:

2 Es wird ein 13.3. in folgendem Wortlaut eingefügt:

3 "Wir fordern, dass jeder Klassenraum mit einem Beamer ausgestattet sein soll,  
4 der eine einfache Verbindung über HDMI ermöglicht. Zusätzlich soll zu jedem  
5 Beamer eine Dokumentenkamera gehören, um Arbeitsblätter unkompliziert  
6 projizieren und bearbeiten zu können."

## **Begründung**

Erfolgt mündlich

# **Antrag**

**Initiator\*innen:** SV RBZ Eckener Schule Flensburg (dort beschlossen am: 24.02.2025)

**Titel:** Klare Regelungen und Integration von Künstlicher Intelligenz im Unterricht

## **Antragstext**

1 Das LSP möge beschließen:

- 2 1. Das MBWFK wird aufgefordert, klare Regelungen zur Nutzung Künstlicher  
3 Intelligenz im Unterricht und bei Klausuren durch Schüler\*innen zu  
4 erarbeiten.
- 5 2. Diese Regelungen sollen fachspezifisch sowie an die unterschiedlichen  
6 Schularten und Bildungsgänge angepasst sein.
- 7 3. KI-gestützte Tools sollen aktiv im Unterricht eingesetzt werden. Dabei  
8 sollen sowohl ihre Vorteile als auch ihre Grenzen sowie die korrekte  
9 Nutzung thematisiert werden.
- 10 4. Zur Verankerung dieser Forderungen im Grundsatzprogramm wird es wie folgt  
11 ergänzt:
  - 12 1. Es wird ein 13.4. in folgendem Wortlaut eingefügt: "Wir fordern,  
13 dass KI-Tools aktiv in den Unterricht integriert und dort auch  
14 inhaltlich behandelt werden."
  - 15 2. Es wird ein 13.5. in folgendem Wortlaut eingefügt: "Wir fordern,  
16 dass es klare, landesweite und bildungsgang-/fachspezifische  
17 Regelungen zur Nutzung künstlicher Intelligenz im Unterricht und bei  
Klausuren geben soll."



**Begründung**

Erfolgt mündlich

**92A14 A30**

# **Antrag**

**Initiator\*innen:** SV RBZ Eckener Schule Flensburg (dort beschlossen am: 24.02.2025)

**Titel:** **Mehr Wahlmöglichkeiten und Mitbestimmung im Stundenplan**

---

## **Antragstext**

- 1 Das LSP möge beschließen, das Grundsatzprogramm wie folgt zu ändern:
- 2 Es wird ein 7.19. in folgendem Wortlaut eingefügt:
- 3 “Wir fordern eine stärkere Implementierung von Wahlpflichtkursen sowie mehr
- 4 Mitbestimmung der Schülerinnen über die Inhalte ihres Stundenplans.”

## **Begründung**

Erfolgt mündlich

**92A15 A31**

# **Antrag**

**Initiator\*innen:** SV RBZ Eckener Schule Flensburg (dort beschlossen am: 24.02.2025)

**Titel:** Lebensnahe Inhalte im Unterrichtsalltag

## **Antragstext**

- 1 Das LSP möge beschließen, das Grundsatzprogramm wie folgt zu ändern:
- 2 Es wird ein 8.8. in folgendem Wortlaut eingefügt:
- 3 "Wir fordern, dass Unterricht und Lehrpläne – insbesondere im Wirtschafts- und
- 4 Politikunterricht – so angepasst werden, dass verstärkt lebensnahe Inhalte
- 5 vermittelt werden, die Schüler\*innen im späteren Leben benötigen."

## **Begründung**

Erfolgt mündlich

**92A16 A32**

# **Antrag**

**Initiator\*innen:** SV RBZ Eckener Schule Flensburg (dort beschlossen am: 24.02.2025)

**Titel:** Mehr Zeit für Sportunterricht im Stundenplan

## **Antragstext**

- 1 Das LSP möge beschließen, das Grundsatzprogramm wie folgt zu ändern:
- 2 Es wird ein 7.20. in folgendem Wortlaut eingefügt:
- 3 "Wir fordern, dass dem Sportunterricht mehr Zeit im Stundenplan eingeräumt wird,  
4 um die körperliche Gesundheit und das Wohlbefinden der Schüler\*innen zu  
5 fördern."

## **Begründung**

Erfolgt mündlich

# Antrag

**Initiator\*innen:** Elias Görth (Landesschülersprecher)

**Titel:** Transsexuelle in Schule gleichstellen

## Antragstext

1 Das LSP möge beschließen:

2 1. Das LSP stellt fest:

- 3 1. Im Umgang mit Transsexualität ist ein sensibler Umgang mit allen  
4 Beteiligten vor Ort erforderlich. Dazu braucht es entsprechende  
5 Fortbildungen insbesondere für den Lehrkörper. Wissensrückstände  
6 sind abzubauen.
- 7 2. Dort, wo es um intime Räume/Schutzräume geht, ist bei  
8 geschlechtsbezogener Trennung die Trennung anhand des Geschlechts  
9 vorzunehmen, zu dem sich die Schüler\*innen jeweils zugehörig fühlen.
- 10 3. Sofern es durch die Identifizierung eines\*einer Schüler\*in mit einem  
11 Geschlecht, das von ihrem\*seinem biologischen Geschlecht abweicht  
12 und die entsprechende Zuweisung zu einem Unwohlsein bei beteiligten  
13 Schüler\*innen führt, ist niedrigschwellig eine Lösung zu entwickeln,  
14 die für die sich unwohl fühlenden Schüler\*innen Ausweichorte  
15 vorsieht.
- 16 4. Keinesfalls darf es durch eine Lösung nach 3. zu einer Trennung  
17 eines\*einer Schüler\*in ohne dessen\*deren Einverständnis von einer  
18 Lerngruppe aufgrund seines\*ihrer Transsexualität kommen.
- 19 5. Im Bezug auf Schultoiletten ist eine geschlechtsneutrale Lösung  
20 geboten. Dafür ist die Voraussetzung die Abschaffung von Urinalen  
21 und die Installation fester Toilettenwände für einzelnen  
Sanitäreanlagen, die vom Boden bis zur Decke reichen.
6. Alle Beteiligten in Schule müssen gemeinsam daran arbeiten,  
Transfeindlichkeit abzubauen. Dazu ist unter anderem die Einbindung  
der Gleichstellung aller Geschlechter sowie der Angehörigen aller

22 Geschlechter als Querschnittsaufgabe in die Unterrichte  
erforderlich.

23

24

28

25

2. Das Grundsatzprogramm wird folgt zu geändert:

26

29

27

30

1. Es wird ein 9.12. im folgenden Wortlaut eingefügt:

31

32

33

34

"Wir fordern, dass sämtliche Schüler\*innen entsprechend dem Geschlecht, dem sie sich zugehörig fühlen, zugewiesen und behandelt werden. Treten dabei Herausforderungen auf, so sind diese im Einzelfall sensibel und diskriminierungsfrei zu lösen."

35

36

37

38

39

2. Es wird ein 9.13. im folgenden Wortlaut eingefügt:

"Wir fordern, dass in Schulen ausschließlich geschlechtsneutrale Toiletten eingerichtet werden. Diese sind baulich vollständig in einzelne Einheiten zu unterteilen."

## **Begründung**

erfolgt mündlich

**92A18 A34**

# **Antrag**

**Initiator\*innen:** Elias Görth (Landesschülersprecher)

**Titel:** **Für die WEHRhafte Demokratie: Die Bundeswehr in die Schulen**

---

## **Antragstext**

1 Das LSP möge beschließen:

2 1. Das LSP stellt fest:

- 3 1. Das Staatskonzept der Bundesrepublik Deutschland stellt eine  
4 wehrhafte Demokratie dar, die sich gegen ihre Gegner von Innen und  
5 Außen verteidigt. Wesentlicher Bestandteil der Verteidigung nach  
6 Außen ist die Bundeswehr.
- 7 2. In Zeiten, in denen auf europäischem Boden wieder Krieg geführt wird  
8 und die Verlässlichkeit internationaler Partner wie der USA abnimmt,  
9 ist Deutschland mehr denn je in der Pflicht, sich in der  
10 Landesverteidigung breiter aufzustellen. Für diese breitere  
11 Aufstellung ist unter anderem ein personeller Ausbau der Bundeswehr  
12 erforderlich.
- 13 3. Angesichts des Nachwuchsmangels der Bundeswehr und des  
14 Verständnisses von Landesverteidigung als gesamtgesellschaftliche  
15 Aufgabe bedarf es der Nachwuchswerbung auch in Schule. Ebenso wie  
16 jeder andere Arbeitgeber muss die Bundeswehr die Möglichkeit haben,  
17 den Nachwuchs direkt dort abzuholen, wo er sich befindet: In den  
18 Schulen.
- 19 4. Selbstverständlich muss das Thema Militär, gerade auch in Verbindung  
20 mit der deutschen Geschichte sowie mit militärischer Gewalt, in  
21 Schule sensibel behandelt werden. Deshalb dürfen derartige  
Werbeaktionen erst ab Klassenstufe 9 und nur mit intensiver Vor- und  
Nachbereitung sowie Begleitung durch die Lehrkräfte durchgeführt

22 werden.

- 23 5. Initiativen wie "GegenWEHR" von u.a. der LSV NRW lehnen wir demnach  
24 ab. Obgleich der Wille nach Diplomatie und Frieden jederzeit  
25 Leitlinie des politischen Handelns sein muss, darf gerade in diesen  
26 Zeiten Pazifismus nicht mit Unterwerfung gegenüber Demagogen und  
27 Staaten, die mit Gewalt Grenzen zu verschieben beabsichtigen,  
28 verwechselt werden.

- 29 2. Das Grundsatzprogramm wird deshalb wie folgt geändert:  
30

- 31 1. 2.5. wird wie folgt neugefasst:  
32

33 "Wir fordern, dass ab Klassenstufe 9 in den Schulen Nachwuchswerbung  
34 durch die Bundeswehr stattfindet. Eine der Thematik angemessene Vor-  
35 und Nachbereitung ist sicherzustellen."  
36

## **Begründung**

erfolgt mündlich



**A1**

# **Antrag**

**Initiator\*innen:** Magnus Erdmann (Stellv. Landesschülersprecher), Elias Görth (Landesschülersprecher)

**Titel:** **Auch die Schülerschaft ist ein Stakeholder der Bildung - Ein Ende für die Unterrepräsentation**

## **Antragstext**

- 1 Das LSP möge beschließen, das Grundsatzprogramm wie folgt zu ändern:
- 2 Es wird ein 3.8 im folgenden Wortlaut eingefügt:
- 3 "Wir fordern, dass die LSV BS SH einen ständigen Sitz im SHIBB Kuratorium
- 4 bekommt."

## **Begründung**

Erfolg mündlich